

Seit zwei Tagen liegt uns ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor, nach dem die Auswahl der Medizinstudenten in Deutschland – ich sage: Gott sei Dank! – nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Wir werden dem Landtag von Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr möglichst schnell einen Vorschlag unterbreiten, wie wir mit der Landarztquote umgehen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts scheint klar zu sein, dass eine Landarztquote nicht über Regierungshandeln, sondern nur über ein Parlament zu erzielen ist. Das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber einen hohen Stellenwert eingeräumt. Die Landesregierung wird sicherlich einen Vorschlag unterbreiten, der dann hier im Landtag verabschiedet wird.

(Beifall von der CDU)

Wir werden die Pflege in Nordrhein-Westfalen stärken. Ich habe ein Ziel in meiner Amtszeit: die gemeinsame Stärkung der Pflege bei uns – in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland –, sodass die Pflege zu einer eigenständigen Profession im Gesundheitswesen wird. Die Pflege muss in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden.

Die Pflege muss auch über eine eigene Vertretung im Gesundheitssystem verfügen. Ich weiß durch meine vorherige Tätigkeit in Berlin, dass das Schlimme für die Pflege darin besteht, dass immer dann, wenn über Pflege entschieden wird, kein Vertreter der Pflege am Tisch sitzt. – Das geht so nicht weiter!

(Beifall von der CDU)

Zum Schluss will ich Ihnen noch eines sagen: Wir werden immer darüber streiten, ob man genug oder zu wenig tut. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass die Grundidee meiner Sozialpolitik die christliche Soziallehre ist. Wir feiern in wenigen Tagen Weihnachten. Das ist die Hinwendung Gottes zu den Menschen.

(Nadja Lüders [SPD]: Genau! Beim Ladenöffnungsgesetz zeigt sich, wie christlich das ist!)

Die christliche Soziallehre ist das gesellschaftliche Konzept, das mit dieser Religion zusammenhängt. Deswegen wird es von mir immer eine Politik geben, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt,

(Michael Hübner [SPD]: Da bin ich gespannt, Herr Kollege Laumann!)

die kleinen Lebenskreise vor die großen zieht und sich immer an einem vernünftigen Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität ausrichtet.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich glaube, das ist ein zeitloses und richtiges Konzept. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 11. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1551** ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Wer möchte sich enthalten? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Einzelplan 11**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1511, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung**. Wer also der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Enthaltungen sind demzufolge bei der AfD und dem fraktionslosen Abgeordneten Neppe. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 11** damit **in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/1511 angenommen**.

Ich schließe die Abstimmung zum Einzelplan 11 und rufe auf:

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz b) Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1510

In Verbindung mit:

Landesgartenschau in Nordrhein-Westfalen fortführen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1435

Ich eröffne die Aussprache zum Teilbereich

a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz

In Verbindung mit:

Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen fortführen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1435

Die Aussprache wird durch den Kollegen André Stinka von der SPD-Fraktion eröffnet.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Schulze Föcking, Sie haben in Ihrer kleinen Regierungserklärung im Umweltausschuss gesagt, dass das Ziel Ihrer Politik wichtige und zukunftsweisende Entscheidungen sind, die Sie gemeinsam mit verschiedenen Interessengruppen in Nordrhein-Westfalen treffen wollen. Sie wollen keine gesellschaftliche Gruppe isolieren.

Schön gesagt! Das Problem ist allerdings, dass wir bei Ihrer Politik gar keine zukunftsweisende Entscheidung erkennen können. Alles bleibt bisher beliebig, alles bleibt im Ungefähren.

Es gibt allerdings eine gravierende Ausnahme: Ihr Bekenntnis zu den Interessen der Landwirte. – Das wird Ihnen von dieser Berufsgruppe auch besonders gedankt. Das Problem an Ihrer Bevorzugungspolitik liegt darin, dass Sie die ganz große Mehrheit der Bevölkerung, nämlich 97 % der Menschen, isolieren.

Ohne Frage ist der Strukturwandel massiv und die Arbeitsbelastung im Bereich der Landwirtschaft hoch. Ohne Frage muss sich Politik darum kümmern. Das gilt gerade auch für Sozialdemokraten. Sie können aber nicht nur Politik nur für eine Gruppe in dieser Gesellschaft machen.

Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen prognostiziert, dass noch in Ihrer Amtszeit, Frau Ministerin, die Zahl der Betriebe auf unter 30.000 fallen wird. Die Gruppe, über die Sie hier reden, erzielt zum Bruttowertschöpfungsprodukt der nordrhein-westfälischen Wirtschaft gerade mal 3 %, auch im ländlichen Raum. Dennoch sind Sie es, Frau Ministerin, die sich mit ihrem ganzen Handeln den Interessen dieser Personen verschreibt.

Das ist keine Entfesselung. Von Entfesselung keine Spur! Sie fesseln sich an diese Gruppe, Frau Schulze Föcking.

(Beifall von der SPD)

Frau Schulze Föcking, Sie sehen sich gern als Ministerin aller Bürgerinnen und Bürger. Sie sind Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

(Henning Höne [FDP]: Das ist sie ja auch! Richtig!)

Dennoch muss man festhalten: Wenn man sich den Output Ihrer Arbeit anschaut, sind Sie nur Landwirtschaftsministerin. Wie ich gerade ausgeführt habe, scheinen 97 % der Bevölkerung Sie nur aus dem Augenwinkel wahrzunehmen. Dabei sind es gerade diese 97 %, die in unserem Bundesland unsere Aufmerksamkeit verdient hätten.

(Henning Höne [FDP]: Und die restlichen 3 % nicht?)

Ich möchte betonen, dass die Bereiche, für die Ihr Ministerium zuständig ist, nicht in einem Auswahlverhältnis nach dem Motto „Ich schaue mir einmal die Bereiche an und wähle mir den Bereich aus, der mir am liebsten ist“ stehen. Alle Bereiche, Frau Schulze Föcking, sind gleichberechtigt und stehen in keinem Über- und Unterordnungsverhältnis zueinander.

Wenn ich mir nun das Konzept des Ministeriums ansehe – ich habe lange überlegt, ob ich in meiner Rede wirklich das Wort „Konzept“ wählen soll; denn ein Konzept setzt Langfristigkeit und einen konkreten Plan voraus, den wir leider nicht erkennen können –, muss ich feststellen, dass Sie es genauso machen wie Ihre Kollegen:

Sie beschreiben Probleme. Der Ministerpräsident erkennt plötzlich, dass es Cyberkriminalität gibt; der Verkehrsminister erkennt plötzlich, dass es Staus gibt; der Finanzminister erklärt plötzlich, dass er Geld benötigt; und, und, und. Sie sind ein Beispiel dieser Mitte-rechts-Regierung dafür, dass Probleme nur benannt werden, aber niemals Lösungsvorschläge durchgesetzt werden sollen.

(Beifall von der SPD)

Es würde den Rahmen meiner Rede sprengen, wenn ich das alles einzeln auflisten würde.

(Bodo Löttgen [CDU]: Machen Sie nur!)

Deswegen will ich es an einigen Beispielen deutlich machen.

Erstens. Wir werden 2020 eine neue europäische Förderpolitik bekommen. Wir Sozialdemokraten sagen, dass ländliche Räume und Landwirtschaft gefördert werden müssen. Sie verbleiben bei der ersten Säule. Sie verbleiben in altem Denken.

Zweitens. Wir werden in wenigen Monaten durch ein gerichtliches Urteil erkennen, dass die Luftreinhaltung in unserem Land stark in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rücken wird. Wir haben hier Probleme, was die Diesellokomotiven angeht. Wir So-

zialdemokraten wollen Umwelt und Gesundheit zusammenbringen. Von Ihnen kein einziges Wort in dieser Debatte! Auch als Verbraucherschutzministerin nehmen Sie noch die Unternehmen in Schutz, die den Menschen Autos verkaufen, die nicht den Standards entsprechen.

(Henning Höne [FDP]: Die Aufsichtsräte bei VW!)

Nichts von der Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen! Sie lassen diese Leute außen vor.

(Beifall von der SPD)

Wir werden erleben, dass wir Fahrverbote durchsetzen werden. Dann wird es diese Ministerin sein, die ihre Unterschrift daruntersetzen wird. Das wird sehr wohl passieren.

Drittens. Bei dem Thema ländliche Räume: Totalversagen Ihres Hauses! Wer ist eigentlich zuständig? Sind Sie das, oder ist es die Heimatministerin? Sie müssen sich darüber einig werden, weil die Menschen in den ländlichen Räumen Planungssicherheit brauchen und einen Anspruch darauf haben, zu wissen, wo sie zum Arzt gehen können, wie sie mit dem ÖPNV fahren können und was eigentlich mit der Strukturentwicklung im ländlichen Raum geschieht. Null!

Viertens. Die Kleingartenstruktur hatte ich schon angesprochen. Die Kleingärtner in Nordrhein-Westfalen haben eine fest verankerte ehrenamtliche Struktur. Sie leisten wichtige Beiträge für Stadtökologie und für das Ehrenamt. Keinerlei neue Aspekte in diesem Bereich, in dem wir demografische Entwicklungen haben!

Fünftens. Beim Thema „Landesjagdgesetz“ beobachten wir etwas, was typisch für diese Landesregierung ist. Der Ministerpräsidentenkandidat kündigt an, dass das komplette Jagdrecht mit 80 Änderungsanträgen erneuert werden soll – ein sogenanntes Rollback. Bisher hören wir nichts davon, weil er sich nicht traut und weil er weiß: Was er im Wahlkampf versprochen hat, wird er niemals umsetzen können, weil es nämlich nicht den Richtlinien entspricht, Frau Schulze Föcking. Wir werden das erleben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Liste könnte man unendlich verlängern. Es geht aber darum, dass wir als Sozialdemokraten durchaus den Kurs des Dialogs, den Sie angedeutet haben, pflegen wollen.

Deswegen sage ich noch einmal ganz deutlich: Wir Sozialdemokraten sind zum Dialog bereit, wenn es über entscheidungskräftige Punkte auch etwas zu entscheiden gibt und wir eine rote Linie erkennen.

Wir erkennen beispielsweise im vorliegenden Antrag „Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen fortführen“ einen guten Vorschlag, den wir auch unterstützen. Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil es darum geht, dass die Landesregierung für die Planungssicherheit, die ich gerade eingefordert habe, einen guten Punkt macht und auch dafürsteht. Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil es für die Verbände, für die Orte und für die Regionen klare Zielvorgaben geben muss, damit sie sich darauf einstellen können – was in vielen Bereichen häufig nicht der Fall ist.

Abschließend: Frau Ministerin, Sie reden im Haushalt – er ist ja die in Zahlen gegossene Regierungserklärung – viel davon, dass Sie vieles im Dialog und in Kooperation lösen wollen. Sie müssen uns nur eines erläutern: Wenn jemand beim Grundwasserschutz nicht kooperieren will, muss der Staat handeln. Diese Mitte-rechts-Regierung will ja nicht, dass der Staat handelt. Wir sind der Auffassung, dass das Verursacherprinzip gilt und man irgendwann entscheiden muss.

Wir werden Sie daran messen, wie Sie für die Menschen, für die Tiere und für die Umwelt in unserem Land eintreten und wie Sie dann auch springen müssen. Entscheidungen sind nötig. Dafür sind Sie Ministerin geworden. – In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Für die Fraktion der CDU hat nun Frau Kollegin Winkelmann das Wort.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ein großes, ein vielfältiges Land.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Ein schönes Land!)

Mit dem Einzelplan 10 entscheiden wir über einen Teil des Landeshaushalts 2018, der viele Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger betrifft. Es geht – das sage ich auch speziell an Herrn Stinka gewandt – um viele wichtige Umweltthemen, um die Landwirtschaft und um den Verbraucher- und Naturschutz.

Wie der Kollege vorhin richtig festgestellt hat, haben unsere Minister mit diesem Haushalt viele Probleme erkannt und aufgezeigt. Alles das sind Probleme, die Sie uns in sieben Jahren Regierungsarbeit hinterlassen haben und die wir in den nächsten fünf Jahren definitiv aufarbeiten werden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Erlauben Sie mir noch einen kleinen Hinweis. Ich versuche, das ganz kurz zu machen. Sie haben vorhin in polemischer SPD-Manier auf die Berufsgruppe der Landwirte eingedroschen.

(Frank Müller [SPD]: Stimmt nicht! Nein!)

Ich sage nur einen Satz: Ihr sollt es nie vergessen; die Landwirte sorgen für euer Essen. – Damit möchte ich es bewenden lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh! – Ibrahim Yetim [SPD]: Ich dachte immer, das macht Aldi!)

Mit diesem Haushalt ist es dem Ministerium gelungen, an wichtigen Stellen Akzente zu setzen. Als ein Beispiel möchte ich nur den erhöhten Ansatz für ein so wichtiges Projekt wie den Hochwasserschutz nennen. 16,7 Millionen € mehr sind für diesen wichtigen Bereich des Hochwasserschutzes veranschlagt.

Im gesamten Haushaltsplan werden die Mittel für zukunftsorientierte politische Schwerpunkte bedarfsgerecht eingesetzt. So ist es beispielsweise gelungen, die Aufrechterhaltung aller Landesförderprogramme sicherzustellen, die einen Löwenanteil dieses Haushalts auf sich vereinen.

Der Blick in den Einzelplan 10 zeigt auch, wie engmaschig die EU-Förderprogramme mit unserem Etat und damit auch im besonderen Umfang mit der Förderung zum Beispiel des ländlichen Raumes verknüpft sind.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen stehen für eine nachhaltige, verantwortungsvolle Finanzpolitik. Das spiegelt der Haushalt 2018 in all seinen Facetten wider. Auch deshalb werden wir mit großer Freude diesem Haushalt natürlich zustimmen.

Für uns als NRW-Koalition gibt es neben all den wichtigen, beispielhaft angeführten Punkten noch einige Bereiche, die für uns einen weiteren hohen Stellenwert haben.

So finden Sie im vorliegenden Änderungsantrag einen Bereich, der mir auch persönlich sehr am Herzen liegt. Das sind unsere Tierheime. Diese sind auf Spenden und Zuwendungen angewiesen. Viele Tierheime sind sanierungsbedürftig. Damit die Haltungsbedingungen für die Tiere in den Heimen weiter verbessert werden können, wollen wir als NRW-Koalition den Ansatz von 750.000 € um 1 Million € auf insgesamt 1,75 Millionen € erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen liegt überdies ein Antrag der NRW-Koalition zu den Landesgartenschauen vor. Ich freue mich sehr darüber, dass die SPD das offensichtlich genauso positiv sieht wie wir.

Am 5. Oktober 2017 haben wir gemeinsam mit einer Abordnung unseres Ausschusses die diesjährige

Landesgartenschau in Bad Lippspringe besucht. Trotz absolut schlechter Witterungsbedingungen haben wir – ich denke, dass das parteiübergreifend für alle Kollegen gilt – einen nachhaltigen Eindruck bekommen. Der Bürgermeister der Stadt hat uns eindrucksvoll geschildert, welche Aufbruchsstimmung durch seine Stadt mit immerhin nur gut 16.000 Einwohnern ging. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass die Landesgartenschau in Bad Lippspringe eine wirtschaftsfördernde Maßnahme war, von der die gesamte Region nachhaltig profitieren wird.

Berufs- und Interessengruppen aus dem ganzen Land – von Garten- und Landschaftsbauern über Floristen, Land- und Fortwirtschaft, Jäger, Imker sowie Natur- und Umweltschützer bis hin zu Kirchen und Religionsgemeinschaften – bringen sich in die Landesgartenschauen ein und finden dort Resonanz.

Weit mehr als 15.000 Kindergartenkinder und Schüler haben die Landesgartenschau wieder als grünen außerschulischen Lernort nutzen können. Gerade das Angebot des Grünen Klassenzimmers fördert das Verständnis von Natur und Umwelt bereits bei unseren Kleinsten.

Wir wollen mit dem heutigen Antrag ein klares Bekenntnis zu einer Fortführung der Landesgartenschauen geben. Denn auch über das Jahr 2026 hinaus dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass wir frühzeitig die Ausschreibungen vornehmen müssen und uns dafür starkmachen müssen, dass die zeitintensive Planungsphase geregelt und planungssicher ablaufen kann.

Wir bitten Sie daher um Unterstützung für unseren Antrag, mit dem Sie alle heute schon zeigen können, wie wichtig für uns die Landesgartenschauen als Wirtschaftsmotor, als Lernort, als Plattform für Vereine und Verbände, als Ort mit hohem Erholungsfaktor und, nicht zu vergessen, als eine Möglichkeit der Stärkung der ländlichen Regionen in unserem wunderschönen Bundesland sind. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Winkelmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Rüsse das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Norwich Rüsse* (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zwei Möglichkeiten, wie eine neue Ministerin darstellen kann, in welche Richtung sie Politik machen will und wo sie ihre Schwerpunkte setzen möchte, die sie uns dann hier präsentiert. Die eine Gelegenheit ist die kleine Regierungserklärung im Ausschuss. Die andere Gelegenheit ist die Vorlage des Haushalts, hier des Einzelplans 10.

Ich muss Ihnen leider sagen, Frau Schulze Föcking: Beide Gelegenheiten haben Sie ungenutzt verstreichen lassen. Ich würde sogar sagen: Sie haben sie schlichtweg versemelt.

(Beifall von den GRÜNEN und Frank Sundermann [SPD])

Sie haben weder mit Ihrem Arbeitsprogramm noch mit dem Einzelplan 10 ein ambitioniertes Zeichen gesetzt, dass Sie das fortsetzen wollen, was hier in NRW jahrelang Tradition war: ein ausgewogenes Miteinander von Umweltschutz, Naturschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie haben es sogar nicht geschafft, Ihr Ministerium in den letzten Monaten zu erhalten. Nein, das Umweltministerium hat eklatant an Bedeutung verloren. Wir haben das ja erlebt. Der Zuschnitt des Ministeriums hat beispielsweise dazu geführt, dass Sie den Bereich Klimaschutz komplett abgegeben haben.

Sie haben auch die Kompetenz – und es war viel Geld im Umweltministerium vorhanden, um an dieser Stelle den ländlichen Raum zu stärken –

(Bodo Löttgen [CDU]: Und Menschen für das Ministerbüro einzustellen!)

für den Breitbandausbau komplett abgegeben.

Damit haben Sie aus dem Ministerium, das immer für den ländlichen Raum zentral zuständig war, entscheidende Zukunftsthemen, die für die Menschen in NRW und gerade für den ländlichen Raum wichtig sind, abgegeben und verloren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch entscheidender als die Abgabe dieser Bereiche ist allerdings, wie Sie innerhalb der schwarz-gelben Koalition Ökonomie und Ökologie in ein Verhältnis zueinander setzen. Das ist keine Ausgewogenheit mehr. Vielmehr gehen Sie ganz klar so vor, dass Sie sagen: Ökonomie first; bei Ökologie muss man einmal schauen, was dann noch geht. – Das sieht man ja auch.

Das Verhältnis zwischen dem Umweltministerium, also Ihnen, Frau Schulze Föcking, und dem Wirtschaftsministerium ist doch ganz eindeutig kein Spannungsverhältnis mehr. Das ist schafkopfmäßig. Da gibt es einen Ober – das ist Herr Pinkwart – und einen Unter; das sind Sie, Frau Schulze Föcking.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Wirtschaftsminister sagt, was in diesem Land passiert. Sie können noch ein bisschen Begleitmusik auf dem Klavier dazu spielen.

Ich will auch die konkreten Punkte benennen – Sie haben das ja jetzt in Ihren Entfesselungspaketen dargestellt –:

Aufgabe des 5-ha-Grundsatzes. Wir Grüne haben damals dafür gekämpft, dass es ein 5-ha-Ziel wird, und hatten dabei auch die Landwirtschaftsverbände an unserer Seite. Wir haben immer gesagt: Setzt das bitte durch; das brauchen wir, um Ackerland und Grünland vor der immer stärkeren Inanspruchnahme zu schützen. – Nicht einmal den 5-ha-Grundsatz wollen Sie beibehalten, der nun wirklich schon ein Kompromiss ist. Nicht einmal das! Selbst diesen Grundsatz streichen Sie. Das ist ein Armutszeugnis, was den Flächenverbrauch und den Schutz von Fläche angeht.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

newPark war ja in den letzten Jahren ein Zankapfel. Sie gehen jetzt mit der Flächengröße von 50 ha auf 30 ha herunter. newPark war immer als besonderes Industriegebiet für große Industrieansiedlungen gedacht. Sie wissen selbst, dass dieses Gebiet nicht funktionieren wird. Jetzt gehen Sie hin und senken es ab. Auch das ist ein verheerendes Signal, was den Flächenverbrauch angeht.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Da müssten Sie als Umweltministerin einschreiten. Da müssten Sie Einspruch erheben.

Dasselbe beim Kiesabbau! Dasselbe beim Kalkabbau in Ihrem Heimatkreis, dem Kreis Steinfurt! Dort soll Kalkabbau im Naturschutzgebiet stattfinden. Auch da wäre es erforderlich, dass Sie im Sinne des Naturschutzes einschreiten und das verhindern, was da gerade gemacht werden soll.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Das ist eben keine Verhinderung!)

Herr Stinka hat etwas länger zu der Frage der Stickoxide in unseren Städten ausgeführt. Auch an dieser Stelle sehe ich nicht, dass Sie agieren. Da passiert ebenfalls nichts.

(Ralph Bombis [FDP]: Sie wollen nur Verhinderungspolitik!)

An allen diesen Stellen gibt das Wirtschaftsministerium den Takt vor, und Sie laufen hinterher. Ambitionierte Umweltpolitik gibt es in NRW nicht.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Sie haben ein Verständnis – Sie sowieso, Herr Bombis; bei Ihnen habe ich immer noch ein bisschen mehr Hoffnung, Frau Ministerin – von Umweltpolitik als notwendigem Übel. Das muss man ja machen. Schließlich gibt es ein Umweltministerium. Irgendwie muss man es ja wohl machen. Also macht man da ein bisschen etwas. Aber Sie erkennen es nicht an als ein Ministerium mit hohem eigenen Wert, als ein Fachgebiet, das wir brauchen, um diesen Planeten und auch Nordrhein-Westfalen lebenswert zu erhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu passt auch das Vorgehen bezüglich der Stabsstelle Umweltkriminalität. Wir beide haben sieben Jahre lang zusammen im Ausschuss gesessen. Wir haben die ganzen Skandale, die wir hatten, gerade im Lebensmittelbereich, zusammen diskutiert. Wie kommt man dann auf die Idee, die Stabsstelle Umweltkriminalität abzuwickeln? Das ist mir ein Rätsel. Wir brauchen diese Stabsstelle, um ihre koordinierende Wirkung – dafür war sie ja immer gedacht – nutzen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu passt auch, dass Sie angekündigt haben, Bundesrecht und EU-Recht nur noch eins zu eins umzusetzen.

Wir haben aber hier in Nordrhein-Westfalen schon ein paar besondere Probleme. Auch das haben wir – Herr Höne, Sie waren ja auch im Umweltausschuss – lange besprochen. Beim Nitrat im Grundwasser wissen wir, dass wir in Nordrhein-Westfalen ganz andere und viel größere Probleme haben als beispielsweise im Süden der Republik. Daher brauchen wir auch entsprechende Maßnahmen, um sie zu lösen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da können wir doch nicht sagen: Wir machen nur das Minimum, was die Bundesregierung will. – Wir müssen das Maximum an Gewässerschutz umsetzen. Ich fordere Sie auf, dies zu tun.

Aber man soll ja nicht die ganze Zeit schimpfen. Wo viel Schatten ist, ist auch etwas Licht. Ausdrücklich unterstützen wir die Erhöhung der Ansätze in den Bereichen Hochwasserschutz, Kreislaufwirtschaft, Bodenschutz und Verbraucherschutz. Bei dieser Verstärkung der Mittel haben Sie uns auch an Ihrer Seite.

Was den eben erwähnten Antrag zu den Tierheimen angeht, finden wir es sehr gut, dass Sie die Linie der alten Regierung fortsetzen, indem Sie die Mittel verstärken und so Kontinuität ermöglichen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle auch einen Satz zur Landesgartenschau. Den vorliegenden Antrag unterstützen wir. Allerdings weiß ich nicht, wo hier im Landtag auch nur ein Politiker wäre, der die Landesgartenschau noch infrage stellen würde. Insofern ist dieser Antrag nicht wirklich notwendig gewesen. Wenn Sie die Mittel noch ein bisschen erhöht hätten, hätte das wenigstens Neuigkeitswert. So ist es zwar „nice to have“, aber mehr auch nicht. Wir stimmen dem jedoch zu.

Eines verstehe ich nicht, Frau Ministerin. Mit dem 100-Kantinen-Programm haben Sie ein aus meiner Sicht erfolgreiches Programm. Auch wenn es von den Grünen kommt, kann man manche Dinge, die gut sind, einfach fortführen. Ich verstehe nicht, dass Sie den Ansatz für dieses Programm auf null setzen.

Ich verstehe auch nicht, dass Sie die Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Öffentlichkeit loben, aber dann im Haushalt den Ansatz kürzen. Das passt aus meiner Sicht nicht zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was Sie da praktizieren, macht für mich die Kluft zwischen Sonntagsrede und alltäglichem Handeln deutlich.

Überhaupt nicht verstehe ich – ich habe das 5-ha-Ziel eben schon erwähnt –, dass Sie und die schwarz-gelbe Koalition im LEP den Ansatz verfolgen, den gewerblichen Stallbau im Außenbereich wieder zuzulassen. Das verstehe ich nicht. Durch die Restriktionen, die wir da haben, haben wir das endlich eingedämmt und etwas Ruhe im ländlichen Raum. Dass Sie diesen Deckel wieder öffnen wollen, verstehe ich nicht.

Wenn Sie die Akzeptanz der Landwirtschaft in diesem Bundesland erhöhen wollen, sollten Sie Folgendes tun: Sorgen Sie dafür, dass hier in NRW die Tiere gut gehalten werden. Sorgen Sie dafür, dass wir Vielfalt auf dem Acker haben. Sorgen Sie dafür, dass unsere Insektenwelt – das ist ja im Moment unser Thema – vor zu viel negativem Einfluss aus der industriellen Landwirtschaft geschützt wird.

Wenn Sie dies tun, kommen wir da ein Stück weiter. Ansonsten läuft das ins Leere.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ein besonderes Highlight will ich ganz zum Schluss auch noch erwähnen. Das absolute Highlight ist der Titel „Werkvertrag für ein Anreizsystem Wildschweinbejagung“. Dafür sehen Sie 2 Millionen € vor. Im Ausschuss habe ich den Eindruck gewonnen, dass Sie selbst noch nicht richtig wissen, was das werden soll, was man damit machen kann.

Ich habe mich dann einmal mit Jägern unterhalten, weil ich wissen wollte, was sie denn davon halten. Die Jäger wissen, ehrlich gesagt, auch nicht, was das soll; sie sind sich darüber nicht ganz klar.

Was die Abschusszahlen angeht, können wir feststellen, dass das neue ökologische Jagdrecht die Möglichkeiten der Jagd überhaupt nicht eingeschränkt hat. Ihr ganzes Wahlkampfgetöse der vergangenen Monate war also überflüssig. Sie haben da einen Popanz aufgebaut.

Der Staatssekretär hat angekündigt, dass handwerkliche Fehler im Jagdrecht repariert werden sollen. Da bin ich an Ihrer Seite. Das sollte man immer tun; das ist richtig. Aber ich bin wirklich gespannt darauf, ob Sie da inhaltlich viel ändern. Denn ich glaube, Sie wissen längst, dass das Jagdrecht viel besser ist, als Sie seinen Ruf gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüße. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Diekhoff das Wort. Bitte schön.

Markus Diekhoff (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon etwas überrascht über das, was der Kollege Stinka zu den Fahrverboten von sich gegeben hat. Er scheint eine Glas- kugel zu haben, dass er schon weiß, dass sie kommen. Ich glaube das nicht. Sie betteln ja förmlich da- rum.

(Zuruf von André Stinka [SPD])

Unterstützen Sie uns im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die von den Fahrverboten betroffen wären, doch lieber auf dem Weg, sie zu verhindern.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Unterstützen Sie die Verbraucher dabei, dass sie einen ordentlichen Motor bekommen!)

– So flüchtet man sich dann heraus. So läuft das aber nicht.

(André Stinka [SPD]: Da ist nichts mit Raus- flüchten!)

Was Herr Rüße in einer Märchenstunde zur wunder- baren Zusammenarbeit im ländlichen Raum und zur gemeinsamen Partnerschaft gesagt hat, glaubt ja wohl kein Mensch. Genau das hat es doch in den letzten Jahren nicht gegeben. Es gab keine wunder- bare Partnerschaft, sondern Sie haben Umwelt- und Landwirtschaftspolitik frontal gegen alle anderen ge- macht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! Das haben Sie nur behauptet!)

Das hat nicht nur zu keinen Ergebnissen geführt, sondern es hat auch die Menschen verunsichert. Es hat sogar den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfa- len gefährdet.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deshalb leiten wir mit diesem Haushalt jetzt einen historischen Umschwung in der Umwelt-, Natur- schutz- und Landwirtschaftspolitik in Nordrhein- Westfalen ein.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Denn wir werden uns an dem orientieren, was es in den vergangenen Jahren in der Umweltpolitik hier nicht gab. Das sind Messbarkeit, Vertrauen und Res- pekt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Anstrengungen im Natur- und Artenschutz müs- sen verstärkt werden. Bei diesem Ziel sind wir uns wohl alle einig; da herrscht Konsens.

Diese Erfolge müssen aber am Ende auch für alle Beteiligten messbar sein. Sie haben jahrelang auf Probleme pauschal mit mehr Geld, mit mehr Perso- nal und vor allem mit Verboten, Verboten und Verbo- ten reagiert. Ob diese Maßnahmen für einige Na- turnutzer große Einschnitte mit sich bringen, war völ- lig egal. Die Ergebnisse waren nicht messbar. Das hat zu großen Verunsicherungen geführt.

Das werden wir ändern – mit Wissenschaft statt mit Ideologie. Wir investieren in Know-how, in Digitalisie- rung und in wissenschaftliches Monitoring. Zu allen drängenden Problemen der Umweltpolitik – wie jetzt auch dem Insektensterben – finden Sie die entspre- chenden Punkte im Haushalt.

Wir beenden auch die Planlosigkeit rot-grüner Um- weltpolitik und haben im Entfesselungsgesetz die un- sinnigsten und unnötigsten Verbote und Eingriffe, de- ren Erfolge auch nicht messbar waren – denn der 5- ha-Grundsatz war gar nicht messbar; er stand ein- fach nur darin –, korrigiert.

(Michael Hübner [SPD]: Das ist ja auch nur ein Grundsatz!)

Das bringt uns zu unserem zweiten Ziel: Vertrauen. Wir werden mit unseren Maßnahmen neues Ver- trauen aufbauen. Alle Menschen in Nordrhein-West- falen können darauf vertrauen, dass die NRW- Koalition niemanden ausgrenzt, der sich für Umwelt und Natur einsetzt. Wir beenden damit die einsei- tigen Schuldzuweisungen und pauschalen Verun- glimpfungen einzelner Akteure, so wie Sie es mit den Jägern gemacht haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn wir haben – damit kommen wir zum dritten Punkt – Respekt:

Respekt vor der Erfahrung von Menschen, die seit Generationen von und mit der Natur leben, wie das unsere Landwirte tun;

Respekt vor der Erfahrung von Menschen, die die Natur von der wissenschaftlichen Seite kennen, zum Beispiel unseren Förstern.

Wir haben Respekt vor der guten fachlichen Praxis. Wir haben auch Respekt vor den Leistungen unserer Industrie in Nordrhein-Westfalen beim Umweltschutz.

Wir haben Respekt vor dem Eigentum der Grundbe- sitzer und

Respekt vor der ehrenamtlichen Arbeit von Natur- und Tierschützern, die wir zum Beispiel mit 1 Mil- lion € für Tierheime unterstützen.

Wir haben natürlich auch Respekt vor der Leistung der Jägerschaft und der Fischerei.

Deshalb werden wir gemeinsam mit allen Akteuren einen besseren Natur- und Umweltschutz und eine

bessere Landwirtschaftspolitik hier in Nordrhein-Westfalen machen –

(Beifall von der FDP und der CDU)

mit Kooperation vor Ordnungsrecht, mit Qualität vor Quantität und mit Schützen durch Nutzen mit messbaren Zielen.

Ich verspreche Ihnen: Wir werden damit erfolgreich sein. Es werden gute Jahre für die Natur, die Tiere, die Landwirte, die Fischer und Jäger und auch für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, weil wir mit Vertrauen und Respekt mehr erreichen werden als Sie mit Verboten und Ideologie. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Diekhoff. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Als Orientierung für die politischen Schwerpunkte nennt die Landesregierung die vielfältigen öffentlichen Erwartungen an einen nachhaltigen Umweltschutz. Eine solche Zielsetzung gibt den medial transportierten Erwartungen einer kleinen Minderheit zu großen Raum.

Als Zielsetzung des Umweltschutzes sollte das Wohlergehen des Landes und seiner Bevölkerung im Vordergrund stehen. Wir sind eine Volkswirtschaft und keine Betriebswirtschaft. Aber die Landesregierung schafft noch nicht einmal das.

So würden wir – wie auch ein Großteil der Bevölkerung – von Frau Schulze Föcking als Ministerin für Verbraucher- und Naturschutz erwarten, dass sie das Schadpotenzial von Windkraftanlagen deutlich benennt.

Die öffentliche Anhörung zum Windkrafte rlass am 13. Dezember dieses Jahres – vor einer Woche – hat nämlich genau das offenkundig gemacht. Das Umweltministerium hat die Zuständigkeiten und auch den Sachverstand, um einen Schutz vor der Windkraft wirksam zu machen.

Als Ministerium für Immissionsschutz sollte das Umweltministerium die Schutzgesichtspunkte in den einschlägigen Genehmigungsverfahren stärker zur Geltung bringen.

Als Ministerium für Naturschutz sollte das Haus bei der Planung und Zulassung von Standorten, Vorranggebieten etc. stärker auf den Schutz der Natur, insbesondere der Vogelwelt, drängen.

(Beifall von der AfD)

Der Schutz der Menschen und Tiere vor den Immissionen von Windkraftanlagen sollte oberste Priorität für das Umweltministerium haben. Es ist traurig, zu sehen, wie sehr die Landesregierung unter ihren eigenen Ansprüchen bleibt.

Ich komme zur Agrarpolitik. Die AfD stimmt der Forderung zu, dass die Landwirtschaft einer nachhaltigen Unterstützung bedarf. Die im Haushaltsplan offensichtliche Vielfalt der Förderinstrumente ist zu komplex geworden. Auch der vorliegende Haushaltsplan zeigt, dass die Unterstützung der Landwirtschaft in erheblichem Maß auf Mittel aus der Brüsseler Umverteilung zurückgreift.

Dazu darf ich einen bescheidenen Vorschlag machen: Deutschland nimmt die Förderung der Landwirte und der Landwirtschaft wieder in eigene Hände; deutsche Mittel für deutsche Landwirte. Nehmen wir nicht mehr den Umweg über Brüssel, der bekanntlich mit Milliardenverlusten verbunden ist!

(Beifall von der AfD)

Mit dem Austreten von Großbritannien aus der Europäischen Union wird die Schieflage zwischen Nettozahler und Nettoempfänger sowieso nur noch größer. Es ist schon traurig, dass Frau Schulze Föcking als ausgebildete Landwirtin ihre eigene Zunft ein wenig aus den Augen verliert.

(Markus Diekhoff [FDP]: Ja, was denn jetzt?)

Zur Landwirtschaftspolitik gehört auch die Fürsorge für den ländlichen Raum. Die AfD würde es begrüßen, wenn in künftigen Haushalten mehr Fördermittel für die Bewohner und Betriebe in den nicht städtischen Räumen eingeplant würden.

Zum Bereich Forst und Jagd: Holz ist die einzige unbestrittene nachhaltige Bioenergie in Deutschland. Es gibt nichts anderes. Im Rahmen der nachhaltigen Forstwirtschaft sollte auch nach einem nachhaltigen Ertrag gestrebt werden. Deshalb halten wir das Ausschneiden von Flächen aus der Nutzung für kontraproduktiv.

Die AfD wird auch die Entwicklung einer Alternative zum ökologischen Jagdgesetz vorantreiben. Darüber dürfen wir aber zwei ganz aktuelle Aufgaben der Jagdpolitik nicht vergessen.

Die Wolfsbestände – das wird manchen Grünen jetzt nicht freuen –

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

müssen durch Bejagung begrenzt werden. Die Regularien sollten klar vorformuliert sein – und nicht erst, wenn Menschen Opfer von Wölfen geworden sind.

Die Wildschweinbestände müssen drastisch reduziert werden, um die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest zu verlangsamen. Aber da geht die Landesregierung schon in die richtige Richtung.

Herr Rüsse, Sie sind gerade erregt wegen des Wolfs. Wir sind erregt wegen der Menschen.

(Beifall von der AfD)

Zur Abfallwirtschaft: Auch in der Abfallwirtschaft gibt es akute Probleme und drängende Aufgaben. Das sind zum Beispiel die allzu verfeinerte Mülltrennung, die von einigen Haushalten genau befolgt wird und von anderen ignoriert wird, und die Vermüllung von Plätzen, Straßen und ganzen Vierteln, in denen sich die Ordnungskräfte nicht mehr durchsetzen können oder wollen. Es gibt die Sorge, dass Nordrhein-Westfalen nicht mehr über die nötigen Reserven für Deponieraum in den nächsten zehn Jahren verfügt.

Steigende Ansprüche an die Entsorgung von Abfällen und auch die wachsenden Mengen sprechen dafür, dass das Land für sich und die entsorgungspflichtigen Körperschaften Reservekapazitäten aufbauen muss. Im Haushaltsplan müsste sich dies in Rückstellungen niederschlagen.

Kommen wir zu einem „schönen“ Thema, zur sogenannten Dieselkrise: Die Umweltpolitik hat sich mit den Grenzwerten für Stickoxide und der Verpflichtung zur Aufstellung von Luftreinhalteplänen selbst ein Problem geschaffen – Brüssel sei Dank!

Eine praktische Lösung kann nach Auffassung der AfD-Fraktion darin bestehen, gravierende Maßnahmen, insbesondere Fahrverbote, so lange zurückzustellen, bis der absehbare Austausch der Bestandsfahrzeuge für eine Minderung der Emissionen und damit auch der Emissionswerte gesorgt hat. Dabei sollten Sie beachten, dass das Gesamtaufkommen an Stickoxiden in den letzten Jahrzehnten immer weiter abgenommen hat. Wenn ein Vertreter der Bezirksregierung Düsseldorf Dieselfahrverbote für unumgänglich hält, ist das nur ein Armutszeugnis der schwarz-gelben Landesregierung.

(Beifall von der AfD)

Kommen Fahrverbote in den Städten von Nordrhein-Westfalen – ich befürchte, das wird ziemlich sicher so sein –, dann ist das Ihr Versagen. Denn Sie sind nur allzu bereit über das grüne Stöckchen gesprungen.

(Lachen von den GRÜNEN)

Wir sind uns aber ganz sicher: Unsere Bürger werden Ihnen das zu danken wissen.

Die amtlich und medial immer bejubelte Lösung der Elektromobilität bringt uns überhaupt nicht weiter. Batteriebetriebene Fahrzeuge sind nicht nur zu teuer und von begrenzter Reichweite, sie beanspruchen auch das Stromnetz und würden viele neue Kraftwerke erfordern, und zwar konventionelle.

Ich erinnere daran, dass die Dieselmotoren in Schiffen, Lokomotiven, Baufahrzeugen, Lkw und Acker-schleppern unsere Wirtschaft in bewährter Form mit

Energie versorgen. Da mögen Sie, Herr Rüsse, abwinken. Ja, das gehört zur Wahrheit dazu.

(Zuruf von Norwich Rüsse [GRÜNE])

Ein Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor ist nach unserer Auffassung weder nötig noch möglich.

Zum sogenannten Klimaschutz: Der sogenannte Klimaschutz ist zusammen mit der Energiepolitik dem Wirtschaftsministerium zugeschlagen worden. Wie auch immer die Zuständigkeiten sind, die Landesregierung muss etwas gegen die ausufernden Kosten für den sogenannten Klimaschutz unternehmen.

Das betrifft vor allen Dingen die Ausgaben für die Anpassung an den Klimawandel, Klimamaßnahmen und regionale Klimaanpassungsmaßnahmen. Allein an der Aufzählung der Titelgruppen wird deutlich, dass die Ausgaben vielleicht dasselbe meinen, aber aus unterschiedlichen Töpfen stammen; ganz klar ist das allerdings nicht. Einerseits wollen Sie weiterhin für die Deindustrialisierung bezahlen, andererseits geben Sie Geld für sinnvolle Maßnahmen wie für den Hochwasserschutz aus. Ein klares Bekenntnis, was von beidem die Landesregierung mit unseren begrenzten Landesmitteln tun will, fehlt.

Für die Landwirtschaft wäre die verkündete Dekarbonisierung katastrophal. Deutschland würde agrarisch in das 19. Jahrhundert zurückfallen. Die derzeit noch mögliche Versorgung unseres Volkes mit Nahrungsmitteln wäre hinfällig.

Die AfD-Fraktion erwartet, dass Sie, Frau Ministerin, und die gesamte Landesregierung sich mit dem politischen und wirtschaftlichen Gewicht des Landes auch gegen diesen Teil der ideologischen großen Transformation wenden,

(Beifall von der AfD)

gerade weil die Rechtsfolgen der Klimahysterie nicht absehbar sind, wie wir es in dem Fall des peruianischen Kleinbauers gesehen haben.

Wir werden den Haushaltsplan ablehnen. Gleich sage ich gerne noch etwas zur Landesgartenschau.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Dr. Blex für die Fraktion der AfD. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Schulze Föcking das Wort.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie sich so engagiert mit den Themen „Umwelt“, „Landwirtschaft“, „Naturschutz“ befasst haben. – Herr Rüsse,

seien Sie beruhigt, auch der Klimaschutz ist weiterhin im Haus vertreten, wenn auch nicht im Namen. Ich sage aber: In unseren Herzen haben wir den Klimaschutz bei den Themen natürlich dabei.

Der Einzelplan ist Ausdruck unseres Verständnisses von Maß und Mitte, von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Wir wollen nicht einfach alles nur zurückdrehen, sondern ruhig und konstruktiv nach vorn weiterentwickeln. Das machen wir mit den Menschen im Land und nicht gegen sie. Ein vernünftiger Dialog ist die Grundlage meiner Politik.

Wir müssen die Menschen ernst nehmen, sonst fühlen sie sich von der Politik ignoriert und alleingelassen. – Das war leider in der Vergangenheit viel zu häufig der Fall, Herr Stinka. Da arbeiten wir einiges auf.

Deshalb ist es wichtig, dass sich dies wieder geändert hat. Wir haben alle Geschäftsbereiche des Ressorts im Blick. Gerade diese Vielfalt macht es so spannend. Das zeigt sich auch im vorliegenden Haushaltsplan, mit dem wir deutliche Akzente setzen.

Ein wichtiger Punkt ist der Bereich des Hochwasserschutzes. Frau Winkelmann sagte es bereits: Mit zusätzlichen 16,7 Millionen € wollen wir mehr Sicherheit in den betroffenen Regionen schaffen, sei es beim Teilprojekt „Deichrückverlegung an der Lippe“ oder bei den anstehenden Deichsanierungen am Rhein. Die Deiche im Regierungsbezirk Düsseldorf sollen bis 2025 auf den heutigen Stand der Technik gebracht werden. Wir schaffen mit der Mittelerhöhung die finanzielle Unterstützung für Rückhalteräume am Rhein sowie für Hochwasserschutzmaßnahmen an anderen Flüssen und Bächen in NRW.

Insgesamt reden wir beim Haushaltstitel „Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz“ von über 2,4 Millionen €. Das ist ein deutliches Signal, dass wir die Gefahren erkannt haben und dass wir handeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein anderer Schwerpunkt unserer Ausgaben liegt bei Agrar- und Forstwirtschaft sowie beim Naturschutz und der Landschaftspflege. Zu nennen sind hier unter anderem die Förderung von Forst- und Holzwirtschaft, der Vertragsnaturschutz, aber auch die Förderung von Kleingärten oder das Insektenmonitoring, nicht zu vergessen die Landesgartenschau. – Daher gilt mein Dank den Fraktionen von CDU und FDP für ihren Antrag.

Die Landesgartenschauen haben in Nordrhein-Westfalen eine lange Tradition, es gibt sie seit mehr als 30 Jahren. Wir wissen, dass die Gartenschauen für Städte und Kommunen echte Konjunkturprogramme sind. Begeisterung pur war auch beim Bürgermeister, Herrn Bee, zu spüren, als wir vor Ort waren und

uns die Bilder von vorher und nachher anschauen konnten. Das ist schon beeindruckend.

Dieses Erfolgsmodell wollen wir fortführen. Wir brauchen eine nachhaltige Absicherung der Landesgartenschauen. Es wäre schön, wenn es dazu wie in der Vergangenheit auch Konsens zwischen den Parteien gäbe und das unterstützt würde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Aufstockung der Mittel für die Tierheime hervorheben. Die Arbeit der Heime ist wichtig und erfolgt leider oftmals unter schweren finanziellen Bedingungen. – Sie, Herr Stinka, haben leider nicht gut zugehört. Sie haben geredet, wir handeln – mit einem Plus von 1,0 Millionen € auf insgesamt 1,75 Millionen € für die Tierheime in unserem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Rüße, Sie haben das 5-ha-Ziel genannt.

(Michael Hübner [SPD]: Das war ein Grundsatz! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Grundsatz!)

Ja, Sie hatten es auf dem Papier, Sie haben es aber nicht umgesetzt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die CDU hat uns doch beschimpft! Das ist doch lächerlich!)

Wir wollen es nicht nur auf dem Papier haben, sondern wir wollen auch Lösungen anbieten. Daran arbeiten wir weiterhin.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt ausführen. Die Stabsstelle Umweltkriminalität ist nicht weg. Ich weiß nicht, wer Sie da informiert hat. Wir haben sie in die Abteilungen 3 und 6 umgesetzt,

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

und zwar weil wir möchten, dass die Probleme mit den Fachleuten für Naturschutz und Lebensmittelsicherheit noch mal direkt diskutiert werden und dann zur Staatsanwaltschaft gehen. Wir handeln praxisnah, Herr Rüße.

Ich habe es Ihnen schon im Ausschuss erklärt: Das 100-Kantinen-Programm ist ausgelaufen, weil mittlerweile 100 Kantinen dabei sind. Wir wollen dieses Programm aber weiterentwickeln. Es ist nicht verschwunden, sondern es wird konstruktiv weiterentwickelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt viel zu tun. Mein Dank gilt allen Engagierteren im Bereich des Verbraucherschutzes, den Land- und Forstwirten, den Imkern, den Kleingärtnern, den Naturschützern,

den unzähligen Menschen in den verschiedenen Bereichen und auch den Kolleginnen und Kollegen im Haus für ihre engagierte Arbeit. Packen wir es an!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze Föcking. – Wir sind damit am Ende der Aussprache zu Teilbereich a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz gelangt.

Ich rufe auf:

b) Verbraucherschutz

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Börner das Wort.

Frank Börner (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung – das haben wir ja herausgearbeitet – steht öfter mal im Stau. Gerade bei dem Thema „Verbraucherschutz“ finden wir aber vielleicht doch die eine oder andere Parallele.

Wir freuen uns, dass der parteiübergreifende Konsens zur Unterstützung der Verbraucherzentralen auch von der Mitte-rechts-Regierung fortgeführt wird.

(Daniel Sieveke [CDU]: Oh!)

Den gestiegenen Ausgaben, insbesondere im Bereich der Digitalisierung der Verbraucherzentralen, wird Rechnung getragen, indem der Haushaltsansatz erhöht wird. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Die Verbraucherzentrale erhält die notwendige Sicherheit, um ihre gute Arbeit in Zukunft fortzusetzen. Mit ihren 61 Beratungsstellen in NRW führt sie rund 850.000 Beratungsgespräche im Jahr. Hier wird dem Verbraucher geholfen, wenn der Handyvertrag unlauter ist, wenn beim Stromanbieterwechsel rechtswidrige Stolpersteine im Kleingedruckten stehen, bei unzulässigen Kreditverträgen, wenn es Ärger im Urlaub gab oder wenn allgemeine Rechtsberatung bei Ansprüchen gegenüber Produkthanbietern benötigt wird.

Hinzu kommen vermehrte Sicherheitsfragen beim „Internet der Dinge“, wie es heute heißt. Immer mehr Haushaltsgeräte werden heute mit dem eigenen WLAN vernetzt. Produkte werden häufig unfertig ausgeliefert und erst nach einigen Updates wirklich fertig. Dies betrifft nicht nur Handys und Computer, sondern auch Fernseher oder sogar Toaster.

Damit entsteht immer wieder die Gefahr, dass das eigentlich sichere WLAN plötzlich ganz offen dasteht oder harmlose Geräte wie Kühlschränke erschreckende Dinge im Internet machen. Kleine Geräte, beispielsweise mit dem Namen Alexa, werden immer selbstständiger. Sie müssen so eingerichtet werden,

dass sie nur das tun, was der Besitzer auch wirklich will. Hier ergeben sich neue interessante, im Einzelfall aber auch gefährliche Szenarien, in denen der Verbraucher beraten werden muss.

Erschweren will die neue Mitte-rechts-Regierung die Transparenz für den Verbraucher, indem die Hygieneampel für die Gastronomie wieder abgeschafft werden soll, obgleich die Erfahrungen in Duisburg und Bielefeld positiv sind und vom Verbraucher geschätzt werden. Damit unterstützen Sie den Schmuttelimbiss und schaden den Gastronomen, die ihren Laden im Griff haben und korrekt und hygienisch nach den Regeln der Kunst arbeiten –

(Beifall von der SPD – Henning Rehbaum [CDU]: Das sehen die Betriebe aber ganz anders!)

angeblich wegen des hohen Bürokratieaufkommens.

(Michael Hübner [SPD]: Deshalb wollen die ja schon veröffentlichen!)

Es soll parallel dazu ein freiwilliges System aufgebaut werden. Eine Frage: Was ist eigentlich aufwendiger, die Bewertung der ohnehin stattfindenden öffentlichen Kontrollen der Ordnungsbehörden zu veröffentlichen oder parallel dazu ein neues freiwilliges System aufzubauen?

(Henning Rehbaum [CDU]: Sie wollen doch nur die Kunden verunsichern!)

Das erschließt sich mir nicht. – Danke für die Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Börner, und Gratulation zur Punktlandung die Redezeit betreffend. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Scholz der Fraktion der CDU die Gelegenheit zu seiner ersten Rede. Bitte sehr, Herr Kollege.

Rüdiger Scholz (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Verbraucherschutz betrifft jeden, und er ist ein ganz besonderes Anliegen unserer NRW-Koalition.

Unsere Welt wird schnelllebiger und häufig undurchsichtiger, zumindest wenn man manches Vertragswerk beim Handyabschluss oder für Versicherungen betrachtet. Hinzu kommt die Vielfalt der Angebote. Die Produktwelt wird zunehmend komplexer und komplizierter. Dabei spielt natürlich auch die voranschreitende Digitalisierung eine Rolle.

Wir wollen aber keine Bevormundung. Bei unserer Politik stehen die mündigen Bürgerinnen und Bürger

im Zentrum. Dafür ist eine dezentrale Beratungslandschaft unerlässlich. Sie wird schon heute von vielen in Anspruch genommen.

Die Arbeit der Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen ist wichtig. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur unabhängigen Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Dieses Netz der dezentralen Beratungsstellen möchten wir dort, wo die Kommunen es wünschen und mittragen, vervollständigen und ausbauen. Stabile Finanzen sind dafür eine notwendige Grundlage, und daher sind wir beim Blick in den Haushalt erfreut und begrüßen diesen ausdrücklich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Erhöhung der institutionellen Förderung der Verbraucherzentralen um 0,5 Millionen € auf nun 14,76 Millionen € ist ein wichtiges Signal. Mit unserem Änderungsantrag verstärken wir dies erneut. Damit werden der institutionellen Förderung der Verbraucherzentralen weitere 200.000 € zugeschlagen, um zielgerichtet die Herausforderungen der Digitalisierung angehen zu können. Der Haushaltsplan zeigt, dass wir an der Finanzierungsvereinbarung mit den Verbraucherzentralen festhalten.

Die Mittelerrhöhung dient vor allem der Abdeckung gestiegener Personalkosten und damit der Sicherstellung einer wirkungsvollen Beratung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Wir werden den Dialog mit Experten und Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Vorbereitung und Umsetzung neuer Initiativen ausweiten. Schwerpunkte sind dabei die Chancen und Risiken der Digitalisierung im Alltag – vor allem in privaten Haushalten –, der bewusste und überlegte Umgang mit Lebensmitteln sowie die Finanz- und Verbraucherkompetenz. Wir möchten an der Seite der Menschen stehen.

Verbraucherschutz ist aber mehr als die Beratung durch die Verbraucherzentralen. Es geht auch um die Rahmenbedingungen.

Die sogenannte Hygieneampel wurde abgeschafft. Das Gesetz hat nämlich nur Scheintransparenz erzeugt. Wir brauchen aber Regelungen, die fair sind und nicht aufgrund ungeeigneter Daten zustande kommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein Kernanliegen ist für uns auch die gesunde Ernährung. Die NRW-Koalition möchte diese fördern und die Ernährungsbildung stärken. Das Beratungsangebot in Form der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung NRW rund um eine gesunde und nachhaltige Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen soll fortgeführt werden. Es ist wichtig, die Verbraucherinnen und Verbraucher bereits in jungen Jahren zu sensibilisieren.

Als weiteren Punkt möchte ich das EU-Schulprogramm nennen. Es fördert eine ausgewogene und gesunde Schulverpflegung mit Obst, Gemüse und Milch. Dieses Programm wird von Landesseite mit einer freiwilligen Finanzierung zusätzlich unterstützt, um die Durchführung und flankierende Maßnahmen weiterhin sicherzustellen.

Wir werden den Fokus insgesamt wieder stärker auf unsere Lebensmittel richten; denn wir benötigen wieder eine andere Wertschätzung unserer Nahrungsmittel. Für uns alle ist es selbstverständlich, dass wir nahezu zu jedem Zeitpunkt in einen Supermarkt gehen und unabhängig von der Saison alles erwerben können. Es ist für uns ein wichtiges Ziel, die Wertschätzung für unsere Lebensmittel zu erhöhen.

Dadurch soll auch eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung und der Lebensmittelvernichtung bewirkt werden. 11 Millionen t Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen. Hier müssen wir dringend sensibilisieren. Jeder Einzelne von uns kann einen Beitrag dazu leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Doch nicht nur die Endverbraucher sind gefragt, sondern die ganze Wertschöpfungskette. Gerade im Verbraucherschutz ist Weitblick entscheidend.

Unser Fazit: Verbraucherschutz hat bei uns einen wichtigen und hohen Stellenwert. Die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher liegen bei der NRW-Koalition in guten Händen. Ich freue mich darauf, diesem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Scholz. Herzlichen Glückwunsch des Hohen Hauses zu Ihrer ersten Rede! – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erneut der Abgeordnete Rüße das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Norwich Rüße³ (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Ich fasse mich auch kurz.

(Rainer Deppe [CDU]: 16 Sekunden!)

Frau Ministerin, es reicht nicht aus, wenn Sie den Klimaschutz und den Verbraucherschutz in Ihrem Herzen tragen. Entscheidend ist, was die Landesregierung in den nächsten Jahren real umsetzt. Ich befürchte, dass bei Ihnen das Primat der Wirtschaft gegenüber der Ökologie dominieren wird. Wir werden in fünf Jahren gemeinsam feststellen, dass Sie nicht viel bewegt haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüsse. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Haupt das Wort. Bitte schön.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein wirksamer Verbraucherschutz ist ein wichtiger Bestandteil unseres Landes Nordrhein-Westfalen. Deshalb begrüßt die FDP-Fraktion ausdrücklich, dass die NRW-Koalition in diesem Haushaltsentwurf die Wichtigkeit auch durch die Ausgaben im Bereich der Verbraucherangelegenheiten wertschätzt und den Verbraucherschutz durch die Erhöhung des Mittelansatzes spürbar stärkt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Digitalisierung ist eine große Chance für unser Land. Sie schafft neue Möglichkeiten, vereinfacht Abläufe und kann unser Land besser und schneller machen. Natürlich kommen aber mit der Digitalisierung auch Herausforderungen auf uns Verbraucher zu. Die zunehmende Digitalisierung der privaten Haushalte in Verbindung mit der Erfassung zahlreicher Daten bringt in Zeiten von Alexa, Siri und Co. nicht nur einen Vorteil für die Menschen, sondern sie bereitet manchem auch Unbehagen und Unsicherheit.

Umfragen und das tatsächliche Nutzerverhalten der Verbraucher aber belegen, dass die Menschen in unserem Land die Vorteile des digitalen Einkaufs wollen und auch gerne nutzen. Marie Curie sagte einmal: „Man braucht im Leben nichts zu fürchten, man muss nur alles verstehen.“ Es ist daher unsere Aufgabe, die Verbraucher gezielt zu beraten und zu informieren.

Wir wollen der Digitalisierung der Verbraucherwelt nicht mit Angst, sondern mit Wissen und Sachverstand begegnen. Gleichzeitig müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, damit der Verbraucher vor Datenmissbrauch geschützt ist.

Heute stellen sich Fragen nach dem Datenschutz und nach dem Eigentum von Daten. Wem gehören eigentlich die Daten, die wir beim Einkaufen hinterlassen? Hierfür wollen wir zusammen mit den Verbraucherzentralen bei den Verbrauchern ein Bewusstsein schaffen.

(Beifall von der FDP und Daniel Sieveke [CDU])

Der digitale Einkauf 2.0 bedarf auch eines Verbraucherschutzes 2.0. Wir haben daher den Haushaltsansatz noch einmal um 200.000 € erhöht, um die Verbraucherzentralen zu befähigen, die Verbraucher auch zu digitalen Themen ausführlich und kompetent zu beraten.

Es geht eben heute nicht mehr primär um die Beschriftung einer Verpackung, sondern es geht darum,

was und wo Alexa, Siri und Co. für uns zukünftig einkaufen. Es geht um transparente Algorithmen und nicht mehr primär um Schriftgrößen. Das sind die Fragen der Zukunft, auf die der Verbraucher Antworten haben möchte.

Ideologisch geprägte Anträge wie die der SPD im Rahmen des sogenannten Fipronil-Skandals, die Tierhaltungsformen auf den Eierverpackungen anzugeben, haben mit Verbraucherschutz aber leider überhaupt gar nichts zu tun.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Fipronil-Belastung der Eier wurde bekanntlich von einem kriminellen Subunternehmer bei der Stallreinigung ausgelöst. Dieser Subunternehmer hat Ställe aller Tierhaltungsformen gesäubert.

Hier wurde versucht, den Verbraucherschutz zu missbrauchen, um ideologische Ziele durchzusetzen und den konventionellen Produzenten zu schaden. Aber was Sie, meine Kollegen von der SPD, von der hiesigen Landwirtschaft halten, hat der Kollege Stinka ja vorhin ganz klar zum Ausdruck gebracht.

Gleiches gilt für das Bürokratiemonster Hygieneampel. Auch hier haben Sie versucht, dem Verbraucher eine Sicherheit vorzugaukeln, die es so gar nicht gibt. So konnte mir bis heute niemand erklären, was eine punktuelle Überprüfung, korrekte Abheftung und Buchführung mit den vor Ort tatsächlich vorhandenen Hygienebedingungen zu tun haben. Gerichte haben dies kritisiert. Wir haben es abgeschafft und werden es durch Besseres ersetzen, und das ist gut so.

(Beifall von der FDP und der CDU – André Stinka [SPD]: Das möchten wir sehen!)

– Das werden Sie auch sehen.

Getreu dem Motto „Bewährtes bewahren und weiterentwickeln“ werden wir das gut nachgefragte Beratungsangebot zur Kita- und Schulverpflegung fortführen und nötigenfalls ausbauen. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht ideologiefreie Verbraucherpolitik!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass die NRW-Koalition nicht auf symbolische Projekte, sondern auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und die Information sowie Schulung von Verbrauchern setzt, um die besten Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen selbstbewusst und ohne Angst konsumieren können. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger nicht bevormunden, sondern ihnen durch unsere Politik eine selbstbestimmte Lebensweise ermöglichen. Das ist unser Anspruch.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Haupt. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex* (AfD): Für eine Digitalisierung 2.0, 3.0, 4.0, 5.0, 6.0, 7.0, 8.0 brauchen Sie eines: elektrischen Strom. Den müssen Sie zuverlässig produzieren. Schauen wir mal, wie Sie das machen wollen, wenn Sie das fortsetzen, was Rot-Grün vorgebracht hat. Wir warten mal ab.

Liebe CDU-Fraktion und FDP-Fraktion, es freut uns, dass wir eine gemeinsame Linie zur Fortführung der Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen haben. Wir begrüßen selbstverständlich Ihren Antrag, wundern uns aber, warum Sie sich die Mühe eines Antrags gemacht haben. Sie sind jedoch jetzt Regierung. Im Haushaltsplan ist der Posten für die Fortführung bereits aufgeführt; Ihr Antrag ist somit vollkommen überflüssig. Das kennt man ansonsten nur von den Anträgen der Grünen, aber gut.

Wir sagen Danke dafür, dass Sie uns die Möglichkeit geben, uns klar zu der Landesgartenschau zu bekennen, aber gleichzeitig Ihren mutlosen und zaghaften Einzelplatz 10 abzulehnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Blex. – Ein Versäumnis möchte ich nachholen: Ich gratuliere dem Kollegen Haupt herzlich zu seiner ersten Rede hier im Hohen Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Schulze Föcking das Wort.

Christina Schulze Föcking, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Verbraucherschutz deckt mein Haus einen Bereich ab, der besonders nahe am Alltag der Menschen ist.

Jeder von uns weiß: Die zunehmende Digitalisierung verändert unser Leben: Ein Kühlschrank erstellt Einkaufslisten, die Heizung wird teilweise vom Arbeitsplatz aus geregelt, und auch vor dem Kinderzimmer macht die Vernetzung nicht halt, Stichwort „Smart Toys“.

Für die Verbraucher klingt das in erster Linie nach Vereinfachung und mehr Komfort. Aber hier bieten sich nicht nur Chancen, es gibt auch Risiken. Als Mutter sage ich: Vernetzte Kinderspielzeuge dürfen nicht unkritisch gesehen werden. Wer die techni-

schen Standards nicht kennt, lässt durch ungenügende Sicherheitseinstellungen vielleicht Dritte von außen auf das Kinderspielzeug zugreifen. Genau da setzt Verbraucherschutz an.

Die Bürger brauchen Informationen, um sich selbst und auch die Kinder zu schützen. Wir werden daher noch stärker in den Austausch von Erfahrungen und Standpunkten zur Digitalisierung des Verbraucheralltags einsteigen. Im Dialog mit den Beteiligten im Marktgeschehen geht es um die Fragen: Was kann Verbraucherschutz leisten? Welcher unabhängigen Informationen und Beratungsangebote bedarf es, um die digitale Marktentwicklung und insbesondere die Vernetzung der Privathaushalte aus Sicht des Verbraucherschutzes zu begleiten?

Ein Grundsatz lautet für mich: Der Mensch steht dabei im Mittelpunkt. Im Kern geht es darum: Welches Rüstzeug braucht der mündige Verbraucher, um seine Entscheidungen souverän treffen zu können?

Die Landesregierung baut weiterhin auf umfassende Informationen und verlässliche Beratung durch die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen – kompetent und anbieterunabhängig, mit regionalen und lokalen Anlaufstellen überall im Land. Durch entsprechende Titel im Haushaltsplan stärken und bauen wir diese Beratung aus.

Unser Haushaltsentwurf für 2018 sieht eine Erhöhung der institutionellen Förderung der Verbraucherzentralen um knapp eine halbe Million Euro vor, zu der durch den Haushaltsantrag von CDU und FDP weitere 200.000 € kommen. Damit wird einerseits das Kompetenzzentrum Verbraucherschutz aus der Projektförderung in die institutionelle Förderung überführt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Andererseits wird ein weiterer Aufschlag für die Arbeit der Verbraucherzentralen aufgenommen. Mit diesen zusätzlichen Finanzmitteln sichern wir Umfang und Qualität der vielfältigen Aufgaben der Verbraucherzentralen. Darüber hinaus werden wir das bundesweit vorbildliche Beratungsstellennetz der Verbraucherzentralen auch in NRW weiter ausbauen.

An dieser Stelle möchte ich denjenigen, die in den Verbraucherzentralen tagtäglich diese Arbeit leisten, ein Dankeschön aussprechen, weil wir sie nicht missen möchten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sowohl im Kreis Borken als auch im Kreis Gütersloh gibt es nach einer Angebotserweiterung der Verbraucherzentrale aktuellen Handlungsbedarf für jeweils eine volle Beratungskraft. Daher unterstützen wir gerne das finanzielle Engagement der Stadt Gütersloh und der Stadt Gronau mit dem notwendigen Landesanteil.

Gemeinsam können wir den Verbraucherschutz in NRW weiter verbessern. Ich lade Sie ein, daran mitzuwirken. Auch das Thema „Wertschätzung von Lebensmitteln und gesunde Ernährung“ – der Kollege Scholz sagte es bereits – spielt dabei eine Rolle.

Mit einer ergänzenden Landesfinanzierung von rund 2,8 Millionen € für das neue EU-Schulprogramm werden wir die Förderung einer ausgewogenen und gesunden Schulverpflegung unterstützen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir sollten möglichst viele Kinder an Obst, Gemüse, Milch heranführen und das Bewusstsein für gesundes Essen noch stärker vermitteln. Es lohnt sich. Ich habe in diesem Jahr schon einige Kinder in Schulen mit Schulgärten besuchen dürfen und kann nur sagen: Was unsere Kinder schon früh lernen und lieben lernen, das schätzen sie nachher ihr Leben lang. – Von daher freue ich mich auf die weitere Arbeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze Föcking. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache zum Teilbereich b) Verbraucherschutz.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1510, den Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen, sodass wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung kommen.

Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Enthaltungen? – Das sind die drei fraktionslosen Abgeordneten Langguth, Neppe und Pretzell. Damit ist der **Einzelplan 10 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/1510 angenommen.**

Ich lasse zweitens über den **Antrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/1435** abstimmen. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt, sodass ich über den Inhalt des Antrags abstimmen lasse.

Wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen und der fraktionslosen Abgeordneten einstimmig **angenommen.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

Einzelplan 01 Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1501

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung über den Einzelplan 01. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1501, den Einzelplan 01 unverändert anzunehmen. Somit lasse ich über den Einzelplan 01 selbst abstimmen und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben möchte, darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der **Einzelplan 01 in zweiter Lesung einstimmig angenommen.**

Wir kommen zu:

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1513

Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1513, den Einzelplan 13 unverändert anzunehmen. Somit stimmen wir nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Einzelplan 13 selbst ab.

Darf ich fragen, wer dem Einzelplan 13 seine Zustimmung geben möchte? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch der **Einzelplan 13 einstimmig in zweiter Lesung angenommen.**

Wir kommen zu:

Einzelplan 16 Verfassungsgerichtshof

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/15116

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Einzelplan 16 selbst, obwohl der Haushalts- und Finanzausschuss uns in der Drucksache 17/1516 empfiehlt, diesen Einzelplan unverändert anzunehmen.